

# Südtirol nach Durnwalder: Perspektiven und Konfliktpotenziale

## 1. Überblick

Der nachfolgende Beitrag skizziert die Perspektiven Südtirols und der Südtirol-Autonomie seit den Landtagswahlen vom 27. Oktober 2013. Der neue Landeshauptmann Kompatscher muss sich mit leicht gestärkten separatistischen Kräften arrangieren, aber der 2013 befürchtete Rutsch in eine secessionistische Mehrheit unter der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe ist ausgeblieben. Gravierender sind zurzeit Zweifel, dass Rom unter Matteo Renzi bald versuchen könnte, die Ausnahme der Autonomiegebiete von der neuen Zentralisierung Italiens in Frage zu stellen. Dies stärkt wieder die Stimmen, die Südtirol auf dem "Unabhängigkeitspfad" der Schotten und Katalanen sehen wollen, wie auch die Rufe nach doppelter Staatsbürgerschaft. Österreichs Politik behandelt dieses Ansinnen bislang mehrheitlich wie die sprichwörtliche heiße Kartoffel, wobei die ‚Freiheitlichen‘ beiderseits der Brenner-Grenze das Thema vorantreiben.<sup>1</sup> Diese Problemlage wird vor dem Hintergrund eines langjährig instabilen Parteiensystems in Italien betrachtet. Abschließend wird kritisch hinterfragt, ob die auf Proporz und Sprachgruppentrennung basierende innere Ordnung Südtirols noch in die Zeit passt. Jugendliche entwickeln bilingualen Slang, die Empörung über satte Mandatsträger-Pensionen gebar den Wutbürger auch in Südtirol, aber die Regierungsparteien betreiben weiter im Wesentlichen Hinterzimmer-Politik. Gegenüber Rom wagt die südtiroler Landesregierung sich auch nach Abtritt des autonomiefeindlichen Patriarchen Berlusconi nicht aus der Deckung, weil sie — nicht zu Unrecht — die Erschütterung der brüchigen Stabilität fürchtet.

## 2. Nach der Landtagswahl vom 27. Oktober 2013

Mit der Wahl des 43jährigen Arno Kompatscher zum neuen Landeshauptmann ("Ministerpräsident") gelang der Südtiroler Volkspartei (SVP) der notwendige Generationswechsel. Kompatscher folgte dem seit 1988 amtierenden Luis Durnwalder. Das Wahlergebnis der SVP vom 27. Oktober gilt mit 45,1 % als achtbar, waren doch mehr als drei Prozent Verlust erwartet worden. Dieser Stimmenanteil ging praktisch vollständig an die "Freiheitlichen", eng verbunden mit der gleichnamigen Partei in Österreich und secessionistisch.<sup>2</sup> Durch den Stimmenverlust verlor die SVP einen Sitz und damit die absolute Mehrheit im Bozener Landtag, wo sie nunmehr über 17 statt 18 von 35 Mandaten verfügt. Dieser Verlust verändert aber

nicht die Koalitionskonstellation, denn das Autonomiestatut verlangt die Beteiligung der italienischen Sprachgruppe an der Landesregierung. Die SVP wählte eine Minimallösung und führt ein Bündnis mit der Partito Democratico (PD), der Partei des aktuellen italienischen Regierungschefs Renzi. Nur zwei Sitze hält die PD in Bozen, aber es reicht knapp für die absolute Mehrheit. Sie stellt mit Christian Tommasini einen von sieben Landesräten ("Minister") in der mit Kompatscher insgesamt achtköpfigen Regierung.

Es entzündete sich daran ein Südtirol-typischer, durchaus komödiantischer Streit mit üblicher Rollenverteilung: Auf Ausgleich bedachte Stimmen mahnten die SVP, besser zwei italienische Landesräte in die Regierung aufzunehmen, weil dies dem Bevölkerungsanteil von 27 Prozent besser entspreche.<sup>3</sup> Die Freiheitlichen wandten sich mit Nachdruck dagegen und argumentierten, die italienischen Südtiroler hätten mehrheitlich konservative Parteien gewählt und "wollten keinen zweiten linken Landesrat".<sup>4</sup> Wie auch immer sich die SVP hier verhielt, sie würde die Kritik entweder der italienischen Minderheit oder der deutschen Mehrheit auf sich ziehen, auch bei Erweiterung der Koalition um eine zweite italienische Partei. Inzwischen ist dieses Thema vom Skandal um Altersbezüge für ehemalige Abgeordnete, Landesräte und Spitzenbeamte verdrängt, die offenbar deutlich über den gesetzlich vorgesehenen Beträgen liegen: Bereits nach fünf Jahren im Amt erhalten sie Pensionspauschalen von mehreren 100.000 Euro, die sich auf über 1 Mio. Euro steigern können. Diese Affäre erfasste alle in der Region Südtirol-Trentin etablierten Parteien und löste eine Welle der öffentlichen Empörung aus.<sup>5</sup> Gerade das Ausnutzen der größeren Gestaltungsfreiheit von Regionen mit Sonderstatus<sup>6</sup> hat zu dieser üppigen Selbstbedienung geführt.<sup>7</sup> Nach mehreren Protestkundgebungen in diesem Jahr hat der Regionalrat das Versorgungssystem reformiert und nach Ansicht des "Forums Politikerrenten" die Einsparung von 29 Mio. Euro in der Region ermöglicht.<sup>8</sup>

3 Südtirol-News, 29.12.2013: Diskussion um zweiten italienischen Landesrat: Reaktionen

4 Südtirol-News, 29.12.2013: Diskussion um zweiten italienischen Landesrat: Reaktionen

5 Die Neue Südtiroler Tageszeitung, 28.02.2014: Der Renten-Experte

6 Südtirol ist "nur" eine Autonome Provinz, hat aber, wie später im Text ausgeführt, durch das Autonomiestatut die Rechte einer Region

7 Il Giornale, 27.02.2014: In Alto Adige i pensionati d'oro da 90 milioni

8 Stol.it, 16.9.2014: Forum Politikerrenten: 29 Millionen eingespart.

1 "Die Freiheitlichen" ist in Südtirol die offizielle Parteibezeichnung, während die Mitglieder der mit ihr eng verbundenen Freiheitlichen Partei Österreichs inoffiziell so genannt werden.

2 Vgl. Südtiroler Landtag (2013): Wahlen 2013, S. 2

### 3. Ignorieren, neutralisieren, kaltstellen: Bozen und Rom gegen den Separatismus

Das Motto der SVP „Mir san ba die Leit“ erinnert an das Motto der bayerischen CSU „näher am Menschen“. Beide Parteien teilen programmatische Gemeinsamkeiten. Die SVP und die CSU agieren seit Jahrzehnten als Volkspartei mit christlicher und sozialer Ausrichtung. Dieser Ansatz lässt einer sozialdemokratischen Partei nur begrenzte Spielräume.

Das Gegeneinander von Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Lager fehlt in Südtirol zumindest unter den Parteien der deutschsprachigen Mehrheit.<sup>9</sup> Die Kernfrage lautet vielmehr: ‚Bist du für den Status Quo oder forderst du ihn heraus?‘ Die „Freiheitlichen“ und die „Südtiroler Freiheit“ (SF) opponieren gegen den gemäßigt-konstruktiven Autonomiekurs der SVP.

Die SVP als ‚die Südtirol-Partei‘ wird, wie auch das laue Wahlergebnis vom 27. Oktober zeigte, in gewisser Hinsicht Opfer ihres eigenen Erfolges: Erst die Internationalisierung des Konflikts und die Vertiefungen der Autonomie haben den heutigen Separatismus ihrer Konkurrenten ermöglicht. Die italienische Regierung gibt hier sich demonstrativ desinteressiert. Stellen beispielsweise Aktivisten am Grenzübergang in Brenner Schilder mit „Hier ist nicht Italien“ oder „Südtirol ist nicht Italien“ auf, so werden diese nach einigen Stunden oder Tagen stillschweigend von der Grenzpolizei entfernt. Diese Aktionen erzeugen nicht mehr Aufmerksamkeit als die Traditionsumzüge der Schützenvereine. Dort werden mit Reden und „Los von Rom“-Transparenten rituelle Bekenntnisse zur Einheit Tirols und zur Rückverlegung der Grenzen abgegeben.<sup>10</sup> Oder die Brixener Rockband „Frei.Wild“ kann „die Feinde Südtirols zum Teufel“ wünschen und dies mit separatistischem Bildmaterial unterlegen, ohne dass die italienische Justiz aktiv würde.<sup>11</sup> Quasi im Gegenzug arrangiert sich die deutschsprachige Seite mit den verhassten Repräsentationsbauten der faschistischen Zeit, an denen die Eingliederung Südtirols nach Italien buchstäblich in Stein gemeißelt ist.

### 4. Doppelte Staatsbürgerschaft — Etablierung eines unbequemen Themas

Erfolg erzielten Freiheitliche und Südtiroler Freiheit beim Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“. Die SVP sah sich 2013 gedrängt, dieses ungeliebte Thema aufzugreifen und

zumindest inhaltlich als eigenes Ziel zu verfolgen.<sup>12</sup> Hier drohte im Wahlkampf eine öffentliche Diskussion, die der SVP entgleiten konnte. Seit 2008 vertrat Landeshauptmann Durnwalder den „Doppelpass“ als politisches Ziel. Es wurde aber nicht offizielle, allenfalls offiziöse Position der SVP. Durnwalder erklärte stets, daraus keine separatistischen Ansprüche abzuleiten, sondern die Verbundenheit zur Heimat auszudrücken zu wollen. Vielmehr sei ein umfassender Konsens im Rahmen der europäischen Integration vorauszusetzen — im Klartext eine Verständigung zwischen Wien und Rom.

Der SVP-Führung ist bewusst, dass einseitige Gewährung der Staatsbürgerschaft an SüdtirolerInnen durch Österreich mehr Krisenpotenzial bereithält, als es der Sache allmählicher Aufweichung der italienischen Souveränität im Rahmen transeuropäischer Integrationsprozesse dienen könnte. Auf italienischer Seite wäre mit einer verhärteten Haltung zu rechnen, im Worst-Case-Szenario einer Aufhebung des besonderen Autonomiestatus der Provinzen Südtirol und Trentin.

Konfliktpotenzial halten hier mehrere offene Fragen bereit: Sollen allein die gemäß erklärter Sprachgruppenzugehörigkeit deutschsprachigen Südtiroler den Austria-Pass erhalten? Oder auch die Ladiner, deren Vertretung die SVP in ihrer Selbstdarstellung beansprucht? Oder alle Bewohner Südtirols? Diskriminierung könnte das fragile politische Gleichgewicht in Südtirol beschädigen, Einbeziehung aller legalen Residenten der *Provincia di Bolzano* noch stärker als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens gewertet werden. Südtirol könnte Italienern als Sprungbrett nach Österreich dienen, die ihrem Land den Rücken kehren wollen. Eine Massenauswanderung deutschsprachiger Südtiroler ist weniger zu erwarten, denn die gute wirtschaftliche Lage Südtirols und die Vergünstigungen des Autonomiestatus machen dies allenfalls für militante Pan-Tirolisten attraktiv. Der Doppelpass würde aber den Separatisten ein Instrument zu verstärkter Agitation für die Loslösung Südtirols bieten: Je mehr SüdtirolerInnen den Österreich-Pass erwerben, desto wirkungsvoller wird die Infragestellung der italienischen Souveränität über dieses Gebiet. Entsprechend dünnhäutig wehrte der frühere österreichische Außenminister Spindelegger 2013 ab: Man könne nicht „Pässe sammeln wie Briefmarken“. Völkerrechtlich wäre Wien auf der sicheren Seite: Italien hat 2009 den Vertrag mit Österreich gekündigt, der doppelte Staatsbürgerschaften wechselseitig ausschließt.

9 Vgl. Peterlini, O. (2011): Föderalismus und Autonomien in Italien. Die Auswirkungen der Föderalismusentwicklung in Italien auf die Sonderautonomien und im Besonderen auf das Autonomiestatut von Trentino Südtirol. Universitäts-Dissertation, Innsbruck, S. 60

10 Der Standard, 03.01.2013: Südtirol: Alte Schlachtrufe statt Zukunftskonzepte

11 Siehe das Video hierzu auf YouTube, [www.youtube.com/watch?v=GSFpDPnKWMU](http://www.youtube.com/watch?v=GSFpDPnKWMU). A.d.V.: Frei.Wild wurde 2013 erst für den deutschen Musikwettbewerb „Echo“ nominiert, nach Absagen anderer nominierten Gruppen aber ausgeschlossen. Siehe Stellungnahmen hierzu auf [www.youtube.com/watch?v=CK4o4bIANdU](http://www.youtube.com/watch?v=CK4o4bIANdU)

12 Die SVP-Leitung hatte am 17.06.2013 beschlossen, in einem Gespräch mit der österreichischen Regierungsspitze die weitere Vorgangsweise zur doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler zu erkunden. Zitat (SVP-Obmann Richard Theiner): „Wir sind uns bewusst, dass die Doppelstaatsbürgerschaft zwar rechtlich machbar, jedoch mit erheblichen Hürden verbunden ist, zumal es verschiedener gesetzlicher Änderungen auf österreichischer Seite bedarf. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist und bleibt aber ein Herzensanliegen der Südtiroler Volkspartei“. Und weiter: „Wir verstehen die Doppelstaatsbürgerschaft als eine Initiative im europäischen Geiste und als Zeichen dafür, dass ein Europa der Völker und Nationen machbar ist.“ Quelle: Pressemitteilung der SVP vom 18.06.2013.

## 5. “Siamo in Italia” — Noch keine Ruhe bei der Toponomastik<sup>13</sup>

Nach gegenwärtigem Provinzgesetz kann Bozen bei Neuausgaben von Karten und Ersetzung von Wegmarkierungen auf den italienischen Zweitnamen verzichten, wenn es keine historische Rechtfertigung dafür gibt.<sup>14</sup> Dies liegt nahe bei Gebieten ohne italienischsprachige Einwohner. Zudem haben die deutschsprachigen SüdtirolerInnen die ersatzlose Umbenennung von Ortsnamen aus der faschistischen Zeit in Erinnerung. Allerdings erscheint es im Sinne des Ausgleichs im mehrsprachigen Südtirol klüger, italienische Phantasiennamen zu tolerieren. Ein “Kuhberg” heißt demnach im Untertitel “Monte di Vaca”, die “Burschenalm” auch “Alpe dei Giovanotti”, auch wenn dort seit allen erdenklichen Zeiten nur Deutschsprachige gelebt haben. Dies würde den nachvollziehbaren Anspruch der 99 Prozent italienischer StaatsbürgerInnen mit Italienisch als Muttersprache erfüllen, sich in ihrem Land überall zurechtzufinden, ohne bei Karten und Navigationsgeräten auf Übersetzungen angewiesen zu sein. Im Gegenzug könnte Rom zugestehen, dass in Naturräumen, die rein deutschsprachig besiedelt und historisch kartiert sind, die deutsche Bezeichnung grundsätzlich über der italienischen steht. Dies wäre symbolisch nützlich und damit mehr als eine Petitesse. Auch dieser Dauerstreit steht für

## 6. Projekt Gebietsreform: Gefahren für den Südtirol-Konsens?

Das Wirtschaftssystem Italiens ist seit dreißig Jahren in der Krise. Seit Anfang der 1980er Jahre fanden umfangreiche Privatisierungen statt, aber die Neuausrichtung des Staates vom wirtschaftlichen Großakteur auf eine regulative Rolle ist nicht gelungen.<sup>15</sup> Eine Ursache der Dauerkrise wird in den aufgeblähten Verwaltungen gesehen, deren Spitzenbeamte die höchsten Gehälter im Vergleich aller EU-Länder beziehen.<sup>16</sup>

Die Reform der Gebietskörperschaften soll mehr Verwaltungseffizienz bringen. Nach monatelangen Debatten während der Regierung Enrico Letta zielt Renzi nun auf eine radikale Lösung: Die Ebene der Provinzen, generell die Untergliederung der Regionen, soll entfallen.<sup>17</sup>

Südtirol, administrativ die “Autonome Provinz Bozen”, ist ausgenommen. Südtirol bildet mit der autonomen Provinz

Trentin die vergleichsweise kleine Region Trentino-Alto Adige. Diese Region ist eine der “Regionen mit Sonderstatus”, d. h. mit größerer Finanzautonomie und einem direkt gewählten Regionalparlament. Für Südtirol und Trentino gilt zusätzlich und einmalig in Italien, dass beide Provinzen der Region übergeordnet sind. Nur die Gemeindeordnungen werden weiter von der Regionalverwaltung in Trento / Trient überwacht. Diese Konstruktion trug dazu bei, dass der Autonomiekonflikt um Südtirol in den letzten dreißig unspektakulär blieb. Reizthemen wie die erwähnte Toponomastik oder die Aufstellung von Erklärungstafeln vor Repräsentationsbauten der faschistischen Epoche weiteten sich nicht zu Konflikten der Sprachgruppen insgesamt aus,<sup>18</sup> sondern konnten trotz Agitation nationalistischer Kleinparteien Südtirol-intern gelöst werden.

Seit der Verfassungsänderung von 2001 “verfügen” die Regionen über ihre Zuständigkeiten, anstatt dass sie ihnen, wie zuvor, lediglich “gewährt” (ital. *attribuite*) wurden.<sup>19</sup>

Die Verfassungsreform von 2001 hat aber mehr Fragen aufgeworfen als Klarheit gebracht. Generell wurde die regionale Gliederung Italiens gestärkt. Dies beginnt mit der Erwähnung der regionalsprachlichen Bezeichnungen (sofern vorhanden) hinter der italienischen im Verfassungstext.<sup>20</sup> Offen bleibt ferner, inwieweit der Staat auf die Kompetenzen der Regionen und Provinzen zugreifen kann. Bei Südtirol sind offene Statusfragen nicht allein aus inneritalienischer Perspektive zu betrachten, weil das Südtirol-Statut als internationale Angelegenheit anerkannt ist. Es war Verhandlungsgegenstand in den Vereinten Nationen, die der Republik Österreich die Rolle der Vertreterin der legitimen Interessen deutschsprachiger Südtiroler/innen zuerkannt haben.

Auf südtiroler Seite fordern die separatistischen Parteien, wie auch die österreichische Schwesterpartei der südtiroler Freiheitlichen (die FPÖ), die Aufwertung Südtirols zu einer autonomen Region. Diesen Status besitzt auch das französischsprachige Aostatal (Val d’Aosta). Es hat deutlich weniger Einwohner als Südtirol;<sup>21</sup> dadurch kann das nahe liegende Gegenargument, Südtirol sei für diesen Status zu klein, widerlegt werden. Mit dieser Statusänderung wäre der Südtirol-Konflikt aus möglichen Umgestaltungen der Gebietsaufteilung Italiens herausgehalten.

Der italienische Verfassungsgerichtshof 2013 hat mit einer Entscheidung zum Regierungsdekret “Salva-Italia” zur Deeskalation beigetragen. Er erklärte, dass die Zu-

13 “Siamo in Italia” (wir sind in Italien) lautete Berlusconi Antwort auf den Streit um Doppelbenennungen

14 Alto Adige, Cronaca, 10.07.2010: L’assessore Berger: “Toponomastica: In Alto Adige soluzione politica”. <http://altoadige.gelocal.it/cronaca/2010/06/10/news/l-assessore-berger-toponomastica-in-alto-adige-soluzione-politica-1.4144747>

15 Vgl. Adriani, Adriani, S.: Una crisi lunga trent’anni: vecchi modelli e nuovi modelli di sviluppo. *italianieuropei* 2/2013, 12.2.2013

16 L’Espresso, No.7/2014, 20.2.2014: Inchiesta: Super-Burocrati (S. 26-33)

17 Stol.it, 8.8.2014: Eckpunkte der italienischen Verfassungsreform. URL: [www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Politik/Eckpunkte-der-italienischen-Verfassungsreform](http://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueberblick/Politik/Eckpunkte-der-italienischen-Verfassungsreform)

18 Den größten Unmut unter deutschsprachigen Südtirolern erzeugen das faschistische Siegesdenkmal und das Gebäude der Finanzverwaltung (Guardia di Finanza) in Bozen. An letzterem ist ein Relief angebracht, das Mussolinis “Heldentaten” beschwört und mit der steinernen Aufforderung “credere, obbedire, combattere” (glauben, gehorchen, kämpfen) das faschistische Gesellschaftsbild in Kurzform wiedergibt.

19 Vgl. Peterlini, O. (2011), S. 217

20 Dies betrifft die autonomen [“a statuto speciale”] Regionen Trentino-Alto Adige / Trentin-Südtirol und Val d’Aosta / Vallée d’Aoste, wie auch die der erstgenannten Region zugehörige Provincia autonoma di Bolzano / Autonome Provinz Bozen.

21 Zurzeit nach amtlichen Angaben 127.000 Einwohner. Siehe: Regione autonoma Val d’Aosta (2013)



sammenlegung oder Abschaffung von Provinzen nicht generell unzulässig sei. Aber dies dürfe nicht auf dem Weg eines Dringlichkeitsdekrets (*decreta d'urgenza*) geschehen. Vielmehr sei eine gesetzliche Grundlage erforderlich.<sup>22</sup> Dies bedeutet, dass Umgestaltungen der Provinzen einen parlamentarischen Prozess erfordern, der die Regierung zwingt, sich der öffentlichen Debatte zu stellen.

Wenn auch Rom die Bevölkerung bei Einschnitten in die Sonderrechte Südtirols — es ginge ja gegen die vermeintlich privilegierten “Tedeschi” — auf seiner Seite weiß, dürfte Premierminister Renzi beim Versuch von Autonomiereformen im Top-Down-Verfahren eher landesweit eine Pandorabüchse von regionalistischen Forderungen öffnen.

Denn hier kommen auch die ungleich größeren autonomen Regionen Sizilien, Sardinien und Friaul-Julisch Venetien ins Spiel. Alle diese drei Regionen haben in den letzten 20 bis 25 Jahren eine stärkere politische Identität entwickelt. Rom würde zudem Spannungen mit Österreich und Deutschland auslösen. Somit wäre der wirtschaftliche Schaden erheblich größer als der populistisch verlockende Zugriff auf Südtirols Ressourcen. Durnwalder (“Wegen Geld gehe ich nicht nach Wien”)<sup>23</sup> hielt als scheidender Landeshauptmann diese Thematik aus dem Wahlkampf von 2013 bewusst heraus.

Aus der Machtperspektive steht die Zentralregierung vor der Frage, wie viel Eigenständigkeit sie einer Region geben kann, um Separatismus zu neutralisieren: Es muss so viel sein, dass die Forderung nach Ausweitung nicht das Zentrum-Peripherie-Verhältnis beherrscht, aber nicht so viel, dass die Institutionen der Autonomie selbstlaufenden Ablösungsprozess in Gang setzen. Dieses Gleichgewicht hat in Südtirol seit dem zweiten Autonomiepaket (1993) und den Anpassungen des Statuts (2001) bestanden. Nun ist Österreich wieder als Vermittlerin gefragt: Zum einen, um den Pan-Tirolisten die Alternativlosigkeit des *über Europa* führenden Wegs allmählicher Transformation zu vermitteln; zum anderen, um frühzeitig den Dialog mit Rom zu suchen, bevor die Regierung wegen ausbleibenden Wirtschaftswachstums auf Nebenschauplätzen zu punkten sucht.

## 7. Proporzsystem und Sprachgruppen heute: Entwicklungsbremse für die Autonomie?

Die gemäßigten Autonomisten in Südtirol müssen aber auch hinterfragen, ob das Proporzsystem nicht Südtirol in einem anachronistischen Konfliktmodus festhält, der einem

22 Francesco Palermo, 04.07.2013: Riforma costituzionale e Unione europea. Francesco Palermo risponde. (Videoblog, <http://palermofrancesco.wordpress.com/2013/07/04/riforma-costituzionale-e-unione-europea-francesco-palermo-risponde/>)

23 Financial Times Deutschland, 09.09.2012: Südtirol wird zur Melkkuh Roms. A. d. V.: Durnwalder erklärte, nicht schon wegen Streit um fiskalische Zuständigkeiten die Garantiemacht Österreich anrufen zu wollen.

Nullsummenspiel gleichkommt.<sup>24</sup> Offensichtlich wurden Chancen für die Überwindung der Spaltung in Sprachgruppen bislang nicht ernsthaft verfolgt. Das kleinräumige politische System und die Gesellschaftsordnung Südtirols beruhen auf dem Ämterproporz und der Sprachgruppentrennung. Proporz und Trennung wurden in zurückliegenden Jahrzehnten von der deutschsprachigen Mehrheit Südtirols als Schutz betrachtet: Als Schutz des Rechts regionaler Minderheiten, auf regionaler Ebene — im Rahmen der gesamtstaatlichen Ordnung: Von eigenen Volksvertretern regiert, von eigenen Staatsbediensteten verwaltet, von eigenen, d. h. muttersprachlichen Lehrkräften unterrichtet und von einer Polizei (von der Gendarmerie abgesehen) aus der eigenen Bevölkerung geschützt. Diese Rechte hatte die faschistische Diktatur den Südtirolern genommen und sie als Bewohner einer Kolonie behandelt, die unter Zwang zu italianisieren sind. Proporz und Sprachgruppentrennung sollten nach diesen traumatischen Erfahrungen regionale und lokale Eigenständigkeit unter Beachtung der italienischen Souveränität über Südtirol schaffen. Die deutschsprachigen Südtiroler hatten erfahren, dass allein der Ablauf geschichtlicher Ereignisse außerhalb ihres Einflusses — Zweiter Weltkrieg und Zerschlagung des Faschismus, Drängen der amerikanischen Besatzungsmacht auf eine Autonomieregelung für Südtirol — ihnen die Wahl zwischen Italianisierung und Auswanderung erspart hatte.<sup>25</sup>

Der Proporz bedeutet, dass Beschäftigungsverhältnisse mit der öffentlichen Hand im prozentualen Verhältnis der drei Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch) zu besetzen sind. Es ist offenkundig, dass die wortgetreue Umsetzung dieses Prinzips bis in die kleinste Verwaltungseinheit nicht möglich ist, so dass Gerechtigkeitslücken unausweichlich sind. Die Sprachgruppenregelung verlangt von den Einwohnern Südtirols (bis zum 14. Lebensjahr durch die Eltern) eine Erklärung über Sprachgruppenzugehörigkeit. Entsprechend der Zugehörigkeit werden deutsch-, italienisch- und ladinischsprachige Schulen besucht. Dies führt ebenfalls zu praktischen Problemen, weil die Sprachgruppen nicht homogen über das Territorium verteilt sind. Italienische

24 Beim Nullsummenspiel zwischen zwei Akteuren gewinnt der eine exakt das, was der andere verliert. Dies würde in diesem Zusammenhang z. B. bedeuten: Wird Südtirol eine autonome Region, so sehen sich die Deutschsprachigen der Eigenständigkeit näher, die italienische Volksgruppe sieht sich ein Stück weit mehr der befürchteten Willkür der Mehrheit ausgesetzt. Wird Südtirol aber wieder Provinz unter Oberhoheit der Region, dann fühlen sich die Deutschsprachigen wieder als doppelte Minderheit und die Italiener als dominante Kraft von Trentino-Alto Adige, die u. a. Proporz- oder Toponomastik-Fragen durch ihre Mehrheit zu eigenen Gunsten entscheiden kann.

25 Auf amerikanischem Druck schlossen Rom und die Vertreter der deutschsprachigen Südtiroler 1946 das Abkommen von Paris, genannt das Gruber-De Gasperi-Abkommen. Diese knappe Vereinbarung war nachfolgend in ihrer Auslegung umstritten, setzte aber den prinzipiellen Status Südtirols als Landesteil mit Minderheiten- und Autonomierechten fest und machte das Südtirol-Problem zu einer Angelegenheit der Staatengemeinschaft.

Eltern im fast rein deutschsprachigen ländlichen Raum müssen ihre Kinder der deutschen Sprachgruppe zuweisen, um am Wohnort der Schulpflicht nachkommen zu können. Für eine gewachsene Zahl bilingualer Einwohner wäre die Einschulung der Kinder in der anderssprachigen Schule unproblematisch, aber es kostet innere Überwindung, die eigenen Kinder als Angehörige einer anderen Sprachgruppe zu registrieren.

Die italienische Bevölkerungsgruppe (zurzeit 26,5 %) hat das Proporzsystem insoweit akzeptiert, als es bessere Beschäftigungsmöglichkeiten sichert. Denn es reserviert die öffentlichen Anstellungsverhältnisse anteilmäßig für Bewohner/innen der Provincia di Bolzano und schließt Bewerber/innen aus anderen Regionen Italiens aus — wo die öffentliche Hand in der Regel weniger Beschäftigung bieten kann. Das heißt, knapp 30 % der öffentlichen Stellen gehen allein an italienischsprachige SüdtirolerInnen.

In den letzten zwanzig Jahre trafen Proporz und Sprachgruppenregime auf neue gesellschaftliche Realitäten, auf welche die Denkschemata des 20. Jahrhunderts nicht mehr recht passen: Immer mehr Heranwachsende sind bilingual (dt.-ital.), haben keinen inneren Bezug zu einer zwei oder drei Generationen entfernten Vergangenheit, zu politisierter Traditionspflege und zur Abgrenzung von Sprachgruppen. Formen der Sprachvermischung bei Jugendlichen treten auf, die damit gewissermaßen einen den „Altvorderen“ unverständlichen Neusprech herausbilden.

In der Südtiroler Politik fordern die Grünen seit über zwanzig Jahren das Proporzsystem durch demonstrative Dreisprachigkeit heraus. Seit 2007 tut die Partei Beppe Grillos, der Movimento Cinque Stelle (M5S) es ihnen gleich.

Auch Kritiker aus Kunst und Literatur lehnen das Proporz- und Sprachgruppenregime heute ab, weil es den Weg Südtirols zu einer kulturell in Vielfalt geeinten Region schon im Ansatz blockiere.<sup>26</sup> Die Bürger/innen Südtirols würden willkürlich in einen ethnischen oder gar ethno-nationalen Rahmen hineingezwungen. Im Gegensatz zu anderen Regionen in Europa, die Migration und Bevölkerungsaustausch erfahren, stehen den nachwachsenden Generationen in Südtirol bei gegenwärtiger Rechtslage Hindernisse entgegen, um neue Wege des Zusammenlebens zu geben. Eine stabil bilinguale und, ohne aggressiven Separatismus vorgetragene, in gewisser Hinsicht auch binationale Kultur, kann im Zustand der sprachlich-ethnischen Trennung nicht entstehen.<sup>27</sup>

Paradox erscheint in diesem Zusammenhang, dass alle öffentlichen Bediensteten die Beherrschung von Deutsch und Italienisch (bei Bedarf auch Ladinisch) nachweisen müssen, selbst wenn die Zielgruppe ihres Dienstpostens allein aus ihrer Sprachgruppe besteht. Der Schriftsteller Georg Kofler nennt es einen „ethnischen Käfig“ und „dunkle Höhle“, wie

26 Vgl. Kleinert, Susanne (2012): Il problema identitario nell'Alto Adige: discorso politico e letteratura a confronto (Joseph Zoderer, Francesca Melandri). In: Noires ambivalences: Nanterre, Presses universitaires de Paris Ouest, 2012 (Écritures 5), S. 63-85, (S. 63)

27 Vgl. Kleinert, Il problema identitario, S. 65

ausgedrückt im zweisprachigen Gedicht „Leben in Brixen / Vivere a Bressanone“.<sup>28</sup> In dem Parteiensystem bereits in seinem Zentrum zweigeteilt ist und die Gesellschaft aus vordergründig befriedeten Parallelgesellschaften besteht, sind trotzige Verweigerungshaltungen an ihren nationalistischen Rändern nicht verwunderlich. Unter diesem Druck will die italienische Mehrheitsbevölkerung in der Hauptstadt Bolzano (Bozen) die faschistischen Protzbauten mit ihren bellizistischen Inschriften und Bezeichnungen wie „Siegesplatz“ nicht aufgeben. Gleichzeitig präsentieren die Schützenvereine regelmäßig ihre „Los von Rom“-Transparente und demonstrieren eine Haltung, dass die nach 1919 angesiedelten Italiener und ihre Nachkommen nichts weiter als der Rest eines gescheiterten Versuchs der Überfremdung seien. Eine offenere Aufarbeitung schwieriger Geschichtsabschnitte, insbesondere der deutsch-italienischen Optionsregelung von 1939 und ihrer Folgen, könnte wechselseitige Ressentiments abbauen. Joseph Zoderers Roman „Wir gingen“ stellt eines der wenigen Beispiele dar.<sup>29</sup>

## 8. Schlussbemerkung

Der Beitrag zeigte auf, dass die Südtiroler Autonomie neue Denkansätze und Kompromissbereitschaft braucht, um sich unter Einfluss externer Entwicklungen selbst weiterentwickeln zu können. Andere Regionen in der Europäischen Union drängen auf Loslösung von ihrem Nationalstaat — aber die Bedingungen sind nicht pauschal auf die Südtirol-Problematik übertragbar. EU-Staaten mit verfestigten Strukturproblemen in Wirtschaft und Verwaltung schwächen die Bindungskraft des Nationalstaates — können die Zentrale aber auch zu Überreaktionen gegen vermeintlich gehätschelte Minderheiten-Regionen an ihrer Peripherie verleiten. Landesweite Parteiensysteme, die durch Korruption und programmatische Leere ihre Stabilität verlieren, machen die Institutionen der Demokratie für Aktionismus anfälliger. Wien sollte von einseitigen Maßnahmen im Hinblick auf die Souveränität Italiens absehen und im Rahmen seiner legitimen Interessenvertretung vielmehr gegenüber Rom deutlich machen, dass es keinen Schritt zurück hinter den erreichten Stand der Autonomie geben kann. Wünschenswert erscheint eine Stärkung und grenzüberschreitende Vernetzung der Regionen auf dem Weg zu einer EU der zusammenwachsenden Nationen. Die Aufwertung Südtirols zur autonomen Region kann dies im Zuge der italienischen Verfassungsreform institutionell unterstützen. Hierfür erscheint aber eine ausgewogene Vertretung aller Sprachgruppen in der Landesregierung erforderlich, die sich am Modell der Schweizer Konsensdemokratie orientieren könnte.

**Dr. Johannes Heisig** ist als freier Journalist, Lektor und in der Erwachsenenbildung tätig. Hinweise und Anregungen sind unter [joheisig@gmx.de](mailto:joheisig@gmx.de) willkommen.

28 Kleinert, Il problema identitario, S. 71

29 Wir gingen. Ce n'andammo. Bozen: Edition Raetia, 2005 (Zweisprachiger Erzählband)